NetZeit Ausgabe 006
Oktober 2012

Lesen Sie auf Seite 3:
UmFAIRteilen

Seite 5:
Bundesregierung lehnt
Wohnungsnotfallstatistik ab

Kriminalisierung
von Obdachlosen
Seite 11

20 Jahre Tafeln
sind genug
Seite 10

NETZEIT

EINE ZEITUNG DES ARMUTSNETZWERKS

Grüdungsversammlung des Vereins Armtsnetzwerk

In Sulingen bei Bremen hat sich am Donnerstag, 23.08.2012 das Armutsnetzwerk offiziell als Verein gegründet. Ziel des Vereins ist die bundes- wie europaweite Vernetzung der von Armut, Ausgrenzung und Wohnungslosigkeit bedrohten und betroffenen Menschen und ihre Interessenvertretung.

Bild: Werner Franke

„Wir wollen gemeinsam gegen die zunehmende Individualisierung von Armut kämpfen. Armut, Ausgrenzung, Niedriglöhne und Arbeitslosigkeit sind gesellschaftliche und strukturelle Probleme, die sich nicht mit Geldstrafen für Schulschwänzer oder dem kostenlosen Angebot von Energiesparberatung wegen zu hoher Stromkosten wegdiskutieren lassen.“ so Dietmar Hamann, frisch gewähltes Vorstandsmitglied des 2011 entstandenen Netzwerkes.

„In Politik und Gesellschaft besteht eine zunehmende Tendenz, Menschen mit zu geringem Einkommen oder in anderen Notlagen die Schuld an ihrer Lage selbst zuzuweisen. Gleichzeitig wird behaupten, Armut, Arbeitslosigkeit, Niedrigeinkommen, Wohnungslosigkeit und die damit zusammenhängenden Probleme könnten mit etwas gutem Willen oder Verhaltensänderungen über-wunden werden.

Das ist falsch, begründet Vorurteile und vertieft die zunehmende gesellschaftliche Spaltung. Deshalb haben wir, auch als Betroffene, beschlossen, uns zu engagieren und Verantwortung einzufordern.

Eine soziale und gerechte Gesellschaft braucht mehr, als weiche Sprüche und harte Sanktionen!“, so Hamann weiter, der neben Brigitte Hartung aus Köln und York Töllner aus Villingen-Schwenningen in den Vorstand gewählt wurde.

Die Gründungsversammlung des Vereins beschloss einstimmig die Aufnahme in die Nationale Armutskonferenz (nak), die die gleichen Ziele verfolgt, zu beantragen. In der nak arbeiten Wohlfahrtsverbände, der DGB, Landesarmutskonferenzen und Selbst- und Fremdhilfeinitiativen und -organisationen zusammen.

Inhalt:

Seite 3:
Gerechte Vermögensverteilung
Denkanstoß
Seite 4:
Bericht aus Hamburg
Impressum
Seite 5:
Regierung lehnt Wohnungsnotfallstatistik ab
Seite 6:
Neue SGB II Bescheide geplant
Seite 7:
Kulturlogen bundesweit
Minister Altmaier und die Energiekosten
Seite 8:
Armutsentwicklung in Bayern
Gemeinsam zu Tisch
Seite 9:
Bausteine des Lebens
Von der Leyens Armutsbericht
Seite 10:
20 Jahre Tafeln sind genug!
Immer mehr Familien obdachlos
Seite 11:
Schlüsselübergabe Nienburg
Kriminalisierung von Obdachlosen
Seite 12:
Literatur: Armut im Alter

Gerechtere Vermögensverteilung -
UmFAIRteilen - Reichtum Versteuern

Unter dem Motto "UmFAIRteilen - Reichtum besteuern" haben mehrere zehntausend Menschen am 29.09.2012 in Deutschland gegen soziale Ungerechtigkeit demonstriert. Hinter den Protesten steht ein breites Bündnis aus Sozialverbänden, Gewerkschaften und Globalisierungsgegnern.

Bild: Gerhard Zamzow

5000 bei Kundgebung in Berlin / 6000 in Bochum/ 5000 in Frankfurt am Main/ 7000 in Hamburg/ 4000 in Köln / 3500 in Bremen/ 1000 in München/ 1000 in Trier / 1000 Bayreuth / 750 in Saarbrücken.

Ein voller Erfolg meinen die UmFAIRteilen-Initiatoren/innen. Bundesweit waren in mehr als 40 Städten insgesamt 40.000 Menschen für eine stärkere Besteuerung von Reichtum und gegen soziale Ungleichheit und Sozialabbau auf den Straßen.

Mitglieder des Armutsnetzwerks beteiligten sich aktiv in Hannover, Köln, Bremen und Nienburg. Das Netzwerk unterstützt auch weiterhin die Forderungen und wird sich an den Vorbereitungen eines Kongresses im Mai 2013 beteiligen. Der noch junge Verein Armutsnetzwerk sieht das als eine der zukünftigen Aufgaben. Es hat sich gezeigt, was ein gemeinsames Bündnis erreichen kann und das ist auch seine Strategie: "Gemeinsam sind wir stark".

Dietmar Hamann

Hinweis:

Mit 4,3 Billionen Euro brutto und 3,1 Billionen Euro netto hat das Geldvermögen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Ende 2011 einen neuen Rekord erreicht. Unter Hinzurechnung des Immobilienvermögens ist es auf die unvorstellbare Summe von 8,2 Billionen Euro gestiegen. Dabei sind etwa zwei Drittel dieses Privatvermögens nur auf ein Zehntel der Bevölkerung verteilt. Allein das Privatvermögen der Millionäre ist im letzten Jahr um 8 Prozent auf etwa 2,2 Billionen Euro angewachsen. Im vergangenen Jahrzehnt wuchsen die Privatvermögen gut doppelt so schnell wie die öffentlichen Schulden.

Denkanstoß

2011 wurden insgesamt 8120 Menschen bei der Wiener Wohnungslosenhilfe betreut. Darunter auch viele Migranten. Die Gründe für das Abrutschen in die Obdachlosigkeit sind sehr unterschiedlich.Schmutzig, verwahrlost und meistens betrunken – so, oder so ähnlich, werden obdachlose und wohnungslose Menschen in der Öffentlichkeit häufig wahrgenommen. Sehr oft zu Unrecht. Denn die Not hat meistens mehrere Gesichter. Ivan M. ist frisch rasiert und frisiert, trägt sauberes Gewand und stets ein freundliches Lächeln im Gesicht. Dass er einmal ganz unten landen würde, hätte er nie gedacht.Ende der 1980er-Jahre kommt der damals 27-Jährige aus Exjugoslawien, heute Kroatien, nach Wien. „Meine Mutter war schon seit 1969 als Gastarbeiterin da", erzählt der heute 50-Jährige, „und ich bin zu ihr gekommen." Aufgewachsen ist er bei der Großmutter. Nach der Ausbildung in der Gastronomie beginnt er zu arbeiten. Als die Inflation ins Unermessliche steigt, beschließt er, seine Heimat in Richtung Österreich zu verlassen.

Bericht aus Hamburg

Schon vor dem Aktionstag des Bündnisses »umfairteilen« gab es Zoff unter den Hamburger Unterstützern. Während DGB und Linkspartei die Einladung des griechischen Oppositionsführers Alexis Tsipras begrüßten, gingen SPD und Grüne auf Distanz. Beide Parteien kündigten an, der Rede des Syriza-Politikers am Sonnabend fernzubleiben. Dennoch war der Hamburger Rathausplatz, trotz zeitweise heftiger Regenschauer, gut gefüllt, als Tsipras mit Verspätung auf die Bühne trat.

»Ich bin hier, um das Versprechen zu geben, daß Griechenland bald eine linke Regierung haben wird, die das Papier zerreißen wird, auf dem der Sparpakt geschrieben wurde«, rief Alexis Tsipras, dessen Rede übersetzt wurde, den rund 3500 Menschen auf dem Platz zu. »Die Hilfen kommen nicht beim griechischen Volk, sondern nur bei den Banken an«, erläuterte Tsipras weiter unter einem Beifallssturm der Zuhörer. »Die Arbeiter in Deutschland und Griechenland

haben nichts zu verteilen, um die Banken und Konzerne zu retten, das müssen die schon alleine erledigen.« Die Auswirkungen des Spardiktats seien in Griechenland vor allem von den Lohnabhängigen zu tragen. »Hohe Arbeitslosigkeit, Rentenkürzungen undschlechte Krankenversicherung sind die Folge«, so Tsipras. Es müsse endlich Schluß sein mit einer Politik, die nur den Reichen zugutekomme.

Bild: Jürgen Schneider

»Die Trennung in Europa verläuft nicht zwischen den nördlichen und südlichen EU-Staaten, sondern zwischen den Völkern und den Kapitalisten«, sagte Tsipras, während die Zuschauer vor der Bühne skandierten: »Hoch die internationale Solidarität«. Nach seiner Rede suchte Alexis Tsipras den direkten Kontakt zu den Hamburgern. Er mußte zahlreiche Autogramme geben und Erinnerungsfotos von sich machen lassen.

left action 30.09.2012, de.indymedia.org

Impressum:

Postanschrift:
Armutsnetzwerk e.V.
AmDeepenpool 2
27232 Sulingen
Deutschland
Tel. +49(0)4271 919464
Fax +49(0)4271 919465
info@armutsnetzwerk.de
www.armutsnetzwerk.de
Presserechtlich verantwortlich:
Dietmar Hamann

Arbeit um jeden Preis

Wenn Niedriglöhne dazu führen, dass Vollzeitbeschäftigte nicht mehr von ihrem Einkommen leben können und zum Nebenjob greifen, dann ist es an der Zeit endlich Maßnahmen gegen diese falsche Entwicklung zu ergreifen. So werden auch in unserer Region zahlreiche Jobs mit Stundenlöhnen von 5, 6 oder 7 Euro angeboten. Aufgrund des finanziellen Drucks vieler Menschen, sind diese all zu oft bereit, sich mit Dumpinglöhnen abspeisen und ausbeuten zu lassen. Es ist ein Teufelskreis:

Löhne auf einem derart niedrigen Niveau führen zu zahlreichen gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Problemen:

- geringe Kaufkraft
- niedrige Einzahlung in die Sozialkassen
- Überarbeitung und Unzufriedenheit
- gesundheitliche Probleme
- kleinere Lebenserwartung
- Altersamut
- u. v. m.

Wilfried Gierden

Bundesregierung lehnt Wohnungsnotfallstatistik ab

Die Bundesregierung verweigert sich ohne glaubwürdige Argumente der Einführung einer bundesweiten Wohnungsnotfallstatistik, die Umfang und Entwicklung der Räumungsklagen und Wohnungslosigkeit abbilden soll. Dabei wird eine solche Statistik von der gesamten Fachwelt seit mehr als dreißig Jahren gefordert.

Dies erklärte die Bundesarbeitsgemein-schaft Wohnungslosenhilfe (BAG W), der Dachverband der Wohnungslosenhilfe, anlässlich der Antwort der Bundesregierung auf eine gemeinsame Kleine Anfrage der Oppositionsfraktionen im Bundestag (Drucksache 17/10114)

Repräsentative Aussagefähigkeit bundesweiter Wohnungsnotfallstatistik möglich

Die Bundesregierung behauptet, die so genannte Machbarkeitsstudie des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 1998 sei zu dem Ergebnis gekommen, die Einführung einer bundesweiten Wohnungsnotfallstatistik sei problematisch und kaum realisierbar. Dem gegenüber muss festgestellt werden, dass die Studie zu dem gegenteiligen Ergebnis kam: Eine solche Statistik ist durchführbar.

Eine Wohnungsnotfallstatistik zielt im Kern auf die jährliche Erfassung der unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen und der wohnungslos gewordenen Menschen ab. Dies ist nach Auffassung der BAG W für beide Gruppen in einem Umfang von mindestens 90 % erreichbar, eine statistisch völlig ausreichende Größe. Wenn man auf jede Statistik verzichtet, weil eine kleine Teilgruppe nicht erfasst wird, kann man zahlreiche Statistiken in Deutschland einstellen.

Die BAG W kritisiert, dass die Regie-rungsfraktionen CDU/CSU und FDP ohne weitere fachliche Begründung aus einer fraktionsübergreifenden Initiative aller Bundestagsparteien vom Februar 2011 ausgestiegen sind.

Der Geschäftsführer der BAG W, Thomas Specht: „Angesichts zunehmender Wohnungsnot, immer häufiger von Räumungsklagen bedrohter Familien und mehr wohnungslosen jungen Menschen, ist die Haltung der Bundesregierung nicht nachvollziehbar.“

Während sich die Bundesregierung einerseits auf Erhebungen und Schätzungen der BAG W beruft, stellt sie im gleichen Atemzug fest, dass „deren Repräsentativität von der BAG W selbst nicht abschließend beurteilt werden kann.“ Genau aus diesem Grund fordert die BAG W allerdings eine repräsen-tative Wohnungsnotfallstatistik, während die Bundesregierung offensichtlich bereit ist, vor dem tatsächlichen Umfang von Armut und Wohnungsnot weiter die Augen fest zu verschließen.

Zusammenhang von Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit belegt

Der Auffassung der Bundesregierung, dass Wohnungslosigkeit heute nicht mehr in erster Linie auf einem Fehlbestand an Wohnungen, sondern in der Regel auf einer Reihe anderer sozialer bzw. psycho-sozialer Ursachen beruhe, wies die BAG W entschieden als unhaltbar zurück: „Die Entwicklung am Wohnungsmarkt, insb. schnell steigende Preise für Mietwohnungen im Zusammenwirken mit zurückbleibender Mietzahlungsfähigkeit durch Zunahme der Armut in Deutschland, ist eindeutig der entscheidende Treiber für zunehmende Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot“, so Specht.

Wer Wohnungslosigkeit in die „Psychokiste“ entsorgen wolle, der brauche offenbar eine Ablenkung von den jahrelangen Versäumnissen in der Wohnungspolitik. Bis zum Jahr 2017 werden in Deutschland über 800.000 Mietwohnungen, insbesondere in Ballungszentren, Groß- und Universitätsstädten fehlen, wenn nichts getan wird – so der Deutsche Mieterbund. Da diese fehlenden Wohnungen nicht über Nacht gebaut werden können, zumal der soziale Wohnungsbau praktisch abgeschafft worden ist, werden sich Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit weiter verschärfen.

Bund hat Kompetenz und Pflicht zur gesetzlichen bundesweiten Wohnungsnotfallstatistik

Die Bundesregierung behauptet eine Nicht-Zuständigkeit des Bundes und verweist auf Kommunen, die die notwendigen Daten doch erheben könnten. Demgegenüber stellt die BAG W klar, dass der Bund für zunehmende Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit maßgeblich mitverantwortlich ist. Schließlich bestimmt er mit den Sozialgesetzbüchern II („Hartz IV“) und SGB XII (Sozialhilfe) über den Regelsatz, mit der geplanten Verschär-fung des Mietrechts und der absehbaren Verteuerung der Wohnkosten durch die Energiewende als Gesetzgeber die Rahmenbedingungen des Wohnungsmark-tes entscheidend mit. Auch wenn die Föderalismusreform die Zuständigkeit in der Wohnungspolitik vom Bund auf die Länder verlagert hat, kann daraus keinesfalls eine Nichtzuständigkeit für Bundesstatistiken abgeleitet werden. Im Gegenteil: Nur der Bund ist in der Lage für bundeseinheitliche und vergleichbare Statistiken im gesamten Bundesgebiet zu sorgen: „Schon innerhalb eines Landkreises oder eines Regierungsbezirkes sind heute die wenigen verfügbaren Zahlen unvergleichbar. In vielen deutschen Gemeinden und Kommunen fehlen sogar aussagekräftige Zahlen“, so Specht.
Die seit dem 1.11.2011 erneuerte landesweite Wohnungsnotfallstatistik des Landes Nordrhein-Westfalen zeigt, dass auch eine bundesweite Wohnungsnotfallstatistik möglich ist. Dennoch verweist die Bundesregierung unter dem Vorwand der verfassungsrechtlichen Zuständigkeitsverteilung nur auf die Bundesländer. Wie aber die Bundesregierung ohne ein Rahmengesetz,
wie die BAG W es fordert, eine bundeseinheitliche Statistik der Bundesländer garantieren möchte, bleibt ihr Geheimnis. „Es ist Zeit mit dem Schwarzen Statistik-Peter in Sachen Wohnungsnotfallstatistik aufzuhören. Ich fordere Bundesbauminister Ramsauer auf, sich mit uns zusammenzusetzen und gemeinsam mit allen Bundesländern den Weg zu einer überfälligen Reform zu gehen, die den Staat wenig kostet, aber hilft, zukünftige Kosten der Wohnungsnot einzusparen“, so Thomas Specht.

NEUE SGB II-BESCHEIDE GEPLANT

Nach acht Jahren rechtswidriger Bescheide will anscheinend die Bundesagentur für Arbeit (BA) diese Praxis aufgeben und diese durch rechtskonforme Bescheide ersetzen. Die vormaligen sind rechtswidrig, da die gegenwärtigen Bescheide nicht den gesetzlichen Vorgaben der Begründungspflicht entsprechen. Denn Sozial-leistungsträger sind verpflichtet, alle wesentlichen und tatsächlichen Gründe, die sie zu einer Entscheidung bewogen haben, im Bescheid zu nennen(§ 35 Abs. 1 SGB X), bei bedarfsabhängigen Leistungen heißt das, die genauen Berechnungsschritte im Bescheid nachvollziehbar und transparent auszuweisen. Bislang waren die Bescheide alle A2LL – Bescheide (die von Nürnberg kommenden Bescheide und von nicht optierenden Jobcentern erstellten = 4/5 aller Jobcenter). An dieser Darstellung mangelte es bisher und aus dem Hause des Herrn Alt hieß es immer, das könne die Software nicht. Anscheinend kann sie es jetzt doch oder sie kann es zumindest dann, wenn der Wille da ist. Daher ein Hoch auf die moderne Technik, die es nun anscheinend doch ermöglicht, rechtskonforme Bescheide zu erlassen, (das hätte man aber auch schon seit 7 oder 9 Jahren so haben können, insofern der Wille dazu da gewesen wäre).
Hier nun ein Einblick auf die Planung der BA, nach gut informierten Kreisen sollen die neuen Bescheide ab Januar 2013 kommen: http://www.harald-thome.de/media/files/Neue-A2LL-Bescheide-2013.pdf

Jetzt wäre es nur noch zu begrüßen, wenn die optierenden Kommunen auch noch derart transparente Bescheide bekommen könnten und nicht so einen Mist wie akdn-Sozial (Softwarename von einer Software von optierenden Kommunen)

Harald Thomé

Kulturlogen Bundesweit

Die beim Bundesverband Deutsche Kulturloge e.V. registrierten lokalen Kulturlogen verpflichten sich zum Einhalten der Kulturlogen-Grundsätze, die Ziel und Durchführung der Kulturlogen-Arbeit definieren. So unterschiedlich die Kulturlogen vor Ort auch sind, verfolgen Sie doch alle dasselbe Ziel: Als gemeinnützige Organisationen vermitteln sie nicht verkaufte Eintrittskarten die von Kulturveranstaltern kostenlos zur Verfügung gestellt werden an Familien mit geringem Einkommen und ermöglichen ihnen die Teilhabe an der Kultur und am gesellschaftlichen Leben.

In den vergangenen 3 Jahren haben sich die Kulturlogen in Deutschland als Begriff etabliert:Wer von Kulturlogen spricht, hat eine genaue Vorstellung von der Leistung dieser sozialen Einrichtungen. Das erfolgreiche und mit

hohen Auszeichnungen versehene zertifizierte Konzept der Kulturloge ist einzigartig und hat mit Namen/Logo und den Grundsätzen einen Standard festgelegt, der bei Veranstaltern, bei Sozialinstitutionen, Sponsoren, Stiftungen bei ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern vor allem aber bei den Kulturgästen für Vertrauen sorgt. Der Name „Kulturloge" steht damit als Qualitätssiegel für deren Leistung. Wir möchten sicherstellen, dass das auch so bleibt: Um die Qualität der Kulturlogen-Arbeit zu gewährleisten und Konkurrenz um Kartenspenden zu vermeiden, ist der Name „Kulturloge" für gemeinnützige Organisationen markenrechtlich eingetragen und geschützt. Alle Kulturlogen in Deutschland benötigen daher die Genehmigung des Bundesverbands, den Namen Kulturloge tragen zu dürfen. Wer den Namen Kulturloge ohne Geneh-migung benutzt, handelt widerrechtlich und macht sich strafbar.

Bild/Text: Hilde Rektorschek

„Für wie naiv hält Minister Altmaier die Verbraucher?"

Während die Bundesnetzagentur mit ihrer Ankündigung über horrend steigende Energiekosten für das Jahr 2013 schockiert, diskutiert Bundesumweltminister Peter Altmaier am runden Tisch darüber, wie sich Energie sparen lässt. „So sehr wir Überlegungen zur Energieeffizienz begrüßen – für wie naiv hält Bundesumweltminister Altmaier die Verbraucher?

Die steigenden Strompreise gehen vor allem auf politische Entscheidungen zurück und sind auf keinen Fall allein durch Sparmaßnahmen der Verbraucher aufzufangen", erklärt Michaela Hofmann, stellvertretende Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz (nak). Beispielsweise würden momentan ausgerechnet energieintensive Unternehmen finanziell entlastet, was der Verbraucher mitzahlen müsse. Für arme Menschen ist dies laut Hofmann „im doppelten Sinne untragbar und wird im kommenden Jahr die Betroffenen noch stärker in die Armut treiben". Abmildern lasse sich dies nur, wenn der Regelsatz für ALG II-Empfänger unverzüglich angemessen angehoben werde.

Hofmann: „Die faktische Kürzung des Regelsatzes wegen steigender Strompreise durch individuelle Sparmaßnahmen dieser besonders betroffenen Gruppe schönzureden und gesellschaftsfähig zu machen, ist nicht nur eine Verschiebung politischer Verantwortung, sondern auch zynisch."

Michaela Hofmann. nak

Im reichen Bayern schreitet die Armutsentwicklung voran

„Allen positiven Wirtschaftsdaten zum Trotz: Auch im reichen Bayern schreitet die Armutsentwicklung voran“, erklärt Thomas Beyer, Sprecher der Nationalen Armutskonferenz (nak) und Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Bayern anlässlich der Veröffentlichung des 3. Bayerischen Sozialberichts am heutigen Freitag. Beyers Feststellung wird durch die aktuellen Zahlen zur Armutsgefährdungsquote der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder belegt. Sie orientiert sich am Landesmedian. Demnach ergibt sich aus dem Mikrozensus, dass die Armut im Freistaat – wenngleich leicht – erneut in die Höhe gegangen ist: von ohnehin schon hohen 13,7 (2009) auf 13,8 (2010) Prozent. Auch wenn die allgemeine Tendenz noch mäßig steigend ist, sind die Zeichen für die zukünftige Entwicklung alarmierend, denn: „Bei bestimmten Bevölkerungsgruppen wie Erwerbslosen und Älteren steigt das Armutsrisiko stark“, sagt Beyer.

In der Tat: Bei den über 65-Jährigen im Freistaat ist die Quote innerhalb eines Jahrs von 17,7 Prozent (2009) auf 19 Prozent (2010) emporgeschnellt. Auch bei den Rentnerinnen und Rentnern sowie Pensionären und Pensionärinnen ist die Tendenz beunruhigend: 2009 galten 17,3 Prozent als arm. 2010 betraf dieses Schicksal schon 18,5 Prozent von ihnen. Ähnlich besorgniserregend sind auch folgende Entwicklungen: Von den über 65-jährigen

Frauen im Freistaat waren im Jahr 2009 genau 20 Prozent von Armut betroffen. Im Jahr 2010 galten bereits 21,2 Prozent als bedürftig. Die empörendste Statistik findet sich bei den Erwerbslosen: von 47,3 (2009) auf 49,4 Prozent (2010). Das entspricht knapp der Hälfte in dieser Bevölkerungsgruppe.

Indes ist zu befürchten, dass die allgemeine Armut in Bayern weiterhin steigen wird, zumal sowohl die Zahl der gebrochenen Erwerbsbiografien als auch die der prekär Beschäftigten stetig zunimmt: Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit sind im Februar 2012 von 299.499 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach Arbeitslosengeld II exakt 90.508 einer Beschäftigung nachgegangen.

Zudem fordern Schicksalsschläge wie chronische Krankheit, Tod des Partners, Scheidung und gescheiterte Selbständigkeit ebenfalls ihren Tribut. Probate Mittel gegen die Armutsentwicklung gibt es genügend. Zwei wesentliche lauten Mindestrente und Mindestlohn.

Pressemeldung der nak

Gemeinsam zu Tisch

Caritas und Diakonie erleben in ihren örtlichen Beratungsstellen und Einrichtungen sowie in den von Ehrenamtlichen getragenen Diensten und Angeboten täglich die Lebenssituation von armen und benachteiligten Menschen. Sehr deutlich nehmen sie die Zunahme von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie die Grenzen der staatlichen, finanziellen Unterstützung wahr. In den letzten Jahren hat sich besonders der Anteil von älteren Menschen erhöht, die um Rat und Hilfe nachfragen. Armut im Alter wird für zunehmend mehr Menschen zur Lebensrealität.

Bild: Gerhard Zamzow

Für eine leckere Mittagsmahlzeit sorgten haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter von Diakonie und Caritas des Landes Niedersachsen in Hannovers Innenstadt am 15. September 2012. Eine 200 Meter lange Tafel mit 1000 Gedecken war aufgebaut. Eingeladen waren alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zur gemeinsamen Mahlzeit. Die Solidaritätstafel „Gemeinsam zu Tisch“ hat damit ein Zeichen gesetzt gegen Armut und soziale Ausgren-zung und für die Teilhabe und Würde für Menschen aller Generationen. Schirmherrin ist Niedersachsens Sozialministerin Aygül Özkan, die an der Solidaritätstafel teilnahm.

"Arbeit und Wohnung" - zwei Bausteine eines "gesicherten" Lebens.

Aber was, wenn die Arbeit wegbricht? Wenn man versucht, sich mit Hartz IV, Mini-Jobs, Ein-Euro-Jobs etc. durchzuschlagen, sein Bestes gibt und trotzdem daran zweifelt, wieder auf dem 1. Arbeitsmarkt Fuß zu fassen? Und was ist, wenn dieser Teufelskreis dazu führt, die eigene Wohnung zu verlieren? Laut verschiedener Studien haben strukturelle Veränderungen des Arbeitsmarkts dazu geführt, dass immer mehr Menschen, auch außerhalb der bekannten "Risikogruppen", Angst davor haben, ihre Wohnung zu verlieren und wohnungslos zu werden.

Seit einigen Monaten arbeiten zwei junge Filmemacher aus Deutschland und Großbritannien an einer Dokumentation über prekäre Lebensbedingungen und neue Formen der Angst vor Obdachlosigkeiten in ihren Heimatländern. Ihre Arbeit wird gefördert aus öffentlichen Mitteln und möchte das Thema nicht reißerisch behandeln, sondern respektvoll und mit gründlicher Recherche. Die Filmemacher sind den Betreibern von armuts-netzwerk.de persönlich bekannt.

Kennen Sie Menschen, die aufgrund von schwierigen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt konkret Angst davor haben, ihre Wohnung zu verlieren, oder bereits selbst von "verdeckter Obdachlosigkeit" betroffen sind? Oder arbeiten Sie in dem Feld und haben Interesse daran, ihre Erfahrungen zu teilen? Wenn Sie bereit sind, unverfänglich mit einem der Filmemacher zu telefonieren, bitten wir um eine kurze Email an brigitte.hartung@online.de . "

Brigitte Hartung

VON DER LEYENS ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHT LIEFERT SOZIALEN SPRENGSTOFF

Thomas Beyer, Sprecher der Nationalen Armutskonferenz (nak), sieht in dem jetzt bekanntgewordenen Entwurf des Armut- und Reichtumsberichts von Sozialministerin Ursula von der Leyen sozialen Sprengstoff: „Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung verfügen nach dem Bericht über die Hälfte des gesamten Nettovermögens in Deutsch-land, während die Hälfte der Bevölkerung insgesamt einen Anteil von ledig-lich einem Prozent aufweist. Der dramatische Trend setzt sich also fort: Unverschämter Reichtum hier und verschämte Armut dort“, resümiert Beyer.

Überdies hält der nak-Sprecher den Hinweis von der Leyens, wonach „nur“ 2,45 Prozent der über 65-Jährigen von der Grundsicherung Gebrauch machen, „für Verschleierungstaktik, weil die Ministerin die deutlich höhere Dunkelziffer verschweigt“. Von einer beträchtlichen Dunkelziffer spricht auch die Böckler-Stiftung in einer ihrer jüngst erschienenen Expertisen. Eines Landes wie Deutschland unwürdig findet Beyer auch, dass nach dem Entwurf 60 Prozent der Kinder in Haushalten, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, einem Armutsrisiko von 60 Prozent ausgesetzt sind. Kinder in Haushalten von Alleinerziehenden sind demnach zu 55 Prozent von Bedürftigkeit betroffen.Auch Folgendes aus dem Entwurf von der Leyens ist aus Beyers Sicht nicht akzeptabel: „Dieser Bericht der Bundesregierung beweist, dass die Finanzkrise, die Reichen noch reicher gemacht hat, während die staatlichen Lasten auf Kosten der sozialen Sicherung zugenommen haben.“ Diesen Zusammenhang lege folgender Satz aus besagtem Entwurf der Ministerin nahe: Es sei „eine Verschiebung privater Forderungen und Verbindlichkeiten in staatliche Bilanzen feststellbar“.

Thomas Beyer

20 Jahre Tafeln sind genug!

Im Jahr 2013 wird es seit zwanzig Jahren Tafeln in Deutschland geben.

Nach eigenen Schätzungen des Bundesverbandes Deutsche Tafel e.V. sind rund 1,5 Millionen Rentner, Erwerbslose, Geringverdiener (und deren Kinder) zur Sicherung ihres soziokulturellen Existenzminimums auf die private Wohltätigkeit von Tafeln angewiesen. Eine nicht bekannte Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern nutzt zudem zur Sicherung der eigenen Existenz regelmäßig Suppenküchen, Kleiderkammern und andere Angebote.

Der Boom der Tafeln und ähnlicher Angebote ist das Ergebnis des kontinuierlichen Abbaus des Sozialstaates und einer Neujustierung des politischen Denkens. Die Balance zwischen staatlicher Wohlfahrt (die Bürgerrechte gewährt) und privater Wohltätigkeit (die Hilfe an Bedingungen knüpft) geht mehr und mehr verloren. Anstatt Armut nachhaltig durch politisches Handeln zu bekämpfen, wird die private Wohltätigkeit als kosten-günstiger Ersatz instrumentalisiert und gefeiert. Die „Engagementpolitik“ der Bundesregierung lobt verstärkt Freiwillige ins Ehrenamt und ersetzt damit langfristig Politik durch soziales Engagement

.Zwanzig Jahre Tafeln in Deutschland sind daher gerade kein Grund zum Feiern! Ziel des Aktionsbündnisses ist das gemeinsame Eintreten für eine armutsfeste Mindestsiche-rung, die Tafeln und ähnliche Angebote wirklich „überflüssig“ macht. Denn nur durch garantierte soziale Rechte kann Armut wirklich bekämpft werden.

Unter dem Motto „Armgespeist. 20 Jahre Tafeln sind genug!“ plant das Aktionsbündnis im April 2013 eine Aktionswoche, die sich rund um das 3. Tafelsymposium aus einer Kundgebung, öffentlichen Podiumsdiskussion sowie verschiedenen künstlerischen Aktionen zusammensetzt.

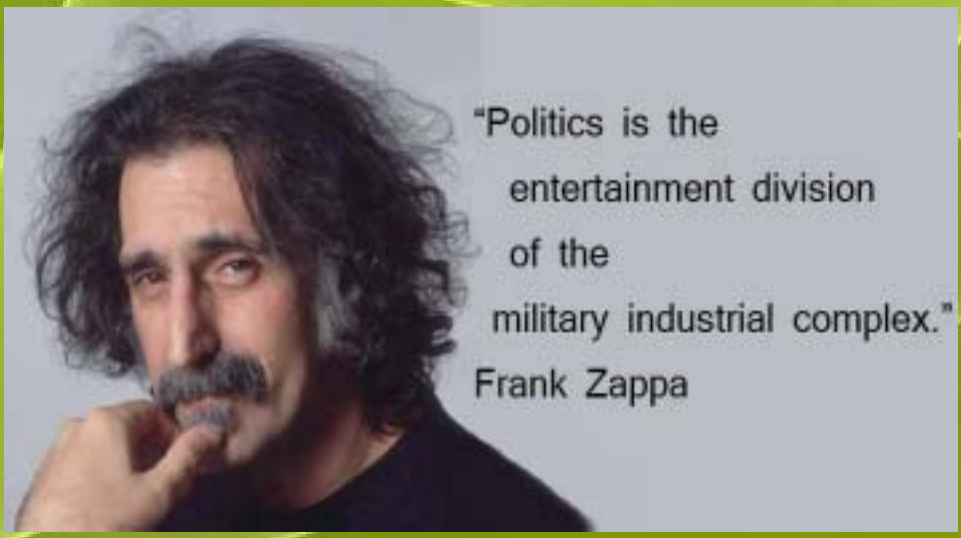
Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen sind herzlich eingeladen, aktives Mitglied im Aktionsbündnis zu werden und sich an der Konzeption und Durchführung der Aktionswoche 2013 zu beteiligen.

Webseite: www.aktionsbuendnis20.de

IMMER MEHR FAMILIEN OBDACHLOS

Obdachlosigkeit ist ein zunehmendes Problem bei Familien mit Kindern in Schweden. Das bislang gängige Bild eines männlichen Obdachlosen mit Alkohol- und Drogenproblemen werde mehr und mehr abgelöst von Arbeitsmigranten aus anderen Mitgliedsstaaten der EU, die in Obdachlosigkeit geraten sind.

Gegenüber Radio Schweden sagte das die Leiterin der Stockholmer Stadtmission, Marika Markovits,. Viele Frauen und Kinder seien betroffen. 34.000 Menschen in Schweden sind laut Statistik der Sozialbehörde obdachlos. 4.500 Personen haben akute Schwierigkeiten, eine Bleibe zu finden – 280 von ihnen schlafen permanent im Freien. Die übrigen Personen haben kurzfristige Übernachtungsmöglichkeiten finden können.



Schlüsselübergabe in der Herberge zur Heimat in Nienburg

Mit einem Festakt am 9. Oktober 2012 wurde ein Umbau in der Herberge zur Heimat in Nienburg(Weser) seiner Bestimmung übergeben. In seiner Ansprache würdigte Landrat Kuhlmeier in Anwesenheit von Bürgermeister Henning Onkes, Superintendent Lechner, Pastor Metzner und weiterer an der Realisierung Beteiligter die gelungene Arbeit. Es sei gut dass es nun 29 Plätze gibt und versucht wird einen würdevollen Umgang miteinander zu gestalten. Er bedankte sich bei allen am Umbau beteiligten.

In knapp einjähriger Bauzeit entstand ein Anbau mit acht Einzelzimmern Sie sind ausgestattet mit einer Kochnische, Kühlschrank, Dusche und WC. Ein freundlich gestalteter Eingangsbereich mit integrierter Teeküche rundet alles ab. Auch an ältere, kranke und behinderte Menschen ist gedacht. Für sie steht ein Aufzug zur Verfügung.

Fotos: Jürgen Schneider

Jürgen Schneider vom Armutsnetzwerk betonte, wie wichtig es für betroffene Menschen sei, einen eigenen abgeschlossenen Lebensbereich zu haben. So sei eine Integration in die Gesellschaft leichter zu bewerkstelligen.

Die ursprünglich für den Bau geplanten 3 Mio. Euro Kosten, konnten dank Verzichts auf das Honorar der Architektin und der Lohnkosten für die Handwerker um 2/3 gesenkt werden.

Pastor Metzner betonte in seiner Ansprache, der Umbau sei geschafft worden, weil die Menschen ihre Herzen geöffnet hätten und das alles unterstützt haben. Es ginge nicht nur um Kleidung und um etwas zu essen. Es geht um das Menschliche. Wer hier ankommt, muss als Mensch ankommen dürfen.

Jürgen Schneider

Kriminalisierung von Obdachlosen

Als Reaktion auf ein Schreiben, das während der Demonstration, die am 14. Mai 2012 von EUH-Aktivisten an einen Vertreter des EU-Kommissars für soziale Eingliederung László Andor übergeben wurde, erfolgte eine Einladung zur weiteren Klärung der angesprochenen Probleme. Am Donnerstag, dem 28. Juni 2012 traf ich als Vertreter der EUH zwei Mitarbeiter des Kommissars.

Projekte sind die Ansiedlung von Obdachlosen auf Ich fragte, wie es gelingen könnte, die Regierungen der EU-Länder zu zwingen, alle ihre Bürger gleich zu behandeln und ihnen den gleichen Zugang zu öffentlichen Gebäuden und Plätzen zu geben. Die Politik der Ausgrenzung und die Kriminalisierung von Obdachlosen muss beendet werden.Die Antwort war, dass in Bezug auf die Obdachlosigkeit die Aufgaben in der Europäischen Kommission geteilt sind. Auf der einen Seite gibt es den Kommissar für soziale Einglie-derung, auf der anderen Seite die Kommissarin für Grundrechte, Viviane Reding. Sie ist gleichzeitig Vizepräsidentin der Europäischen Kommission. Die EUH sollte Frau Reding im Zusammenhang mit der Kriminalisierung von Obdachlosen ansprechen, da es eine Frage von Diskriminierung ist. Der Kommissar für soziale Eingliederung will in Sachen Obdachlosigkeit auf lange Sicht investieren und nicht in den Bau von mehr und mehr Notunterkünften.

Obdachlose sollten am Ende in der Lage sein in den Arbeitsmarkt einzutreten. Sie sollten in der Lage sein, sich in die Gesellschaft zu integrieren. Housing First ist die Politik, die von den Mitgliedstaaten gefördert wird. Der Zugang zu sozialem nachhaltigem Wohnungsbau unter Berücksichtigung komplexer Anforderungen soll gewährleistet werden. In Ungarn beispielsweise gibt es solche Pläne für das Wohnungswesen. Vorwiegend auf dem Land, wo es vielfach leer stehende Gebäude gibt. So könnten verschiedene Gebiete besiedelt werden und dort gewerbliche und berufliche Tätigkeiten an Orten aufgenommen werden, die ursprünglich von vielen Menschen in Richtung Stadt verlassen wurden.In Bezug auf die Kriminalisierung von Obdach--losen wurde die Bedeutung der NGOs betont. Die FEANTSA wird zum Beispiel eine Konferenz über die Kriminalisierung von Obdachlosen Ende 2012 durchführen. Die irische Präsidentschaft der EU wird eine Konferenz über Obdachlosigkeit und Housing First Anfang 2013 anregen. Ich antwortete, es sei nichts gegen die „Housing First Idee" zu sagen, aber es sei wichtig, dass man den Obdachlosen direkten Zugang zu angemessenem Wohnraum gibt, wenn sie ihn brauchen, statt sie in allen Arten von Unterkünften gefangen zu halten, das ist ein Problem von Housing First. Ich führte das Beispiel DALO in Frankreich an, wo Gesetze in Kraft sind, um das Recht zu Wohnen mit behördlichen Verfahren zu erzwingen. Verschiedene Berichte, auch der offizielle Bericht von DALO, weisen auf ein Scheitern des Gesetzes hin, wegen der Unmöglichkeit zutreffenden Wohn-raum zu benennen. Es wird lokal einfach nicht genug bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung gestellt. Ich erzählte einen Witz, den ich in Paris kennenlernte. "D'accord avec le logement d'abord, mais d'abord du logement" (Housing first, but first housing). Ich sprach auch die Gefahr an, die aus einer Mischung sozialer Hilfe und Repression besteht, wie es Praxis ist in vielen europäischen Ländern.

Der nächste Schritt wird die Verfassung eines Schreibens an Viviane Reding sein.

Philppe Decraene. EUH

Literaturankündigung

Am Donnerstag, dem 8. November 2012 erscheint im Campusverlag Frankfurt am Main/ New York das Buch **"Armut im Alter. Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung"**, das auch schon Bezug auf die jüngsten Debatten im Zusammenhang mit der "Zuschussrente" (Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen) und der "Solidarrente" (Sigmar Gabriel, SPD) nimmt.

Aus dem Klappentext:

Altersarmut ist ein Problem, das häufig mit der Alterung unserer Gesellschaft in Verbindung gebracht wird. Die drohende Verarmung von Millionen älteren Menschen in Deutschland ist aber vor allem auf sinkende Reallöhne, den expansiven Niedriglohnsektor, entsprechende Reformen des Arbeitsmarktes und eine falsche Rentenpolitik zurückzuführen: Mit der Riester-Reform und weiteren Maßnahmen (Aussetzung der jährlichen Rentenanpassung, Beendigung der Beitragszahlungen für Langzeitarbeitslose usw.) wurde das für den Sozialstaat grundlegende Prinzip der Lebensstandardsicherung in der Rentenversicherung aufgegeben. Absehbare Folgen sind eine noch stärkere Polarisierung der Gesellschaft in Arm und Reich sowie eine »Reseniorisierung« der Armut. In diesem Band geben Expertinnen und Experten erstmals einen umfassenden Überblick über die aktuellen Risiken, Erscheinungsformen und Ursachen von Altersarmut in Deutschland. Darüber hinaus diskutieren sie ein ganzes Bündel möglicher Maßnahmen für eine gerechte und solidarische Alterssicherung.

Christoph Butterwegge/
Gerd Bosbach/Matthias
W. Birkwald (Hg.)
Armut im Alter
Probleme und
Perspektiven der sozialen
Sicherung

Frankfurt am Main/New
York (Campus Verlag)
2012; ISBN-Nr. 978-3-
593-39752-8; 393
Seiten,

Ladenverkaufspreis:19,90 EUR